

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für 10 Hefen monatlich 10 M., durch Polen bezogen monatlich 11 M., bei Postzugang monatlich 11,50 M. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags, Einzelnummer 50 Pf. Postkontokonto Leipzig 18 864. Geschäftsstelle: Händelstr. 4. Für unregelmäßige Zahlungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

Anzeigenpreis Der Sperr. Millim. Zeitraum 60 Pf. und der Sperr. Millim. Restraum 20 Pf. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezieher auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 20 Pf. in Zahlung genommen. Hefengebühr 75 Pf. Porto des Vorm. Anzeigens 10 Pf. 11 Hefen vorm. Hefenpr. 100. Belegnummer u. Bezugsnr.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)
Herausgeber Ludwig Baly.)
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 14.

Dienstag, den 17. Januar 1922.

142. Jahrgang

Tageschronik

Die Einladung Deutschlands zur Konferenz in Genua ist in Berlin eingetroffen.
Rediffentlichtung der Rede Rathenaus in Cannes.
Die ersten 31 Millionen Goldmark sind an die Entente überwiesen worden.
Die Polen erhoffen von dem französischen Ministerwechsel eine Förderung ihrer Gehaltspläne des Oberbefehlsh. Zentrum und Sozialdemokraten sind in der Steuerfrage zu einem Einvernehmen gekommen.
Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner bestreikt zum Streik.

Die Einladung nach Genua. Konferenzbeginn am 8. März.

Der italienische Vorkonferenz überreichte gestern Abend dem Reichsfanzler die Einladung an die deutsche Reichsregierung zu der am 8. März stattfindenden Wirtschaftskonferenz in Genua. Das Einladungs Schreiben hat folgenden Wortlaut: Herr Reichsfanzler! Gemäß einer Entschliessung des Obersten Rates der alliierten Mächte beschreibe ich mich, Ihnen die Absicht einer Entschliessung zu übermitteln, welche am 8. Januar 1922 durch die alliierten Regierungen auf der Konferenz von Genua angenommen wurde. Im Einklang mit dieser Entschliessung und auf Wunsch meiner Regierung beschreibe ich mich, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschaft- und Finanzkonferenz einzuladen, die am 8. März 1922 in Genua eröffnet werden wird. Ich bitte Sie, mir die Namen Ihrer Delegierten und ihrer Begleiter mitzuteilen. Genehmigen Sie etc.
Dem Schreiben ist der Text der bereits veröffentlichten Entschliessung beigelegt, die durch die Konferenz von Genua am 8. Januar angenommen wurde. Unter den in der Entschliessung zur Teilnahme ausdrücklich angeforderten Mächten werden außer Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Rußland genannt.
Wie verkundet wird sich die Reichsregierung in ihrer Kabinetsitzung am heutigen Dienstag mit der Einladung nach Genua beschäftigen. Es dürfte voraussichtlich eine schriftliche Antwort der deutschen Regierung auf die Einladung erfolgen. Jedoch steht im Augenblick noch nicht fest, wer als deutscher Vertreter an der Genuaer Konferenz teilnehmen wird.

Die Rede Rathenaus in Cannes.

Amtlich wird der Text der Rede veröffentlicht, die Dr. Rathenau auf der Konferenz von Genua vor dem Obersten Rat am 12. Januar gehalten hat.
Dr. Rathenau betonte zunächst, daß die deutsche Delegation ernsthaft bemüht sei, alle gewünschten Aufforderungen wahrheitsgetreu zu geben und daß sie darüber hinaus bereit sei, in dem von ihr geforderten Maße an den Aufgaben der Konferenz mitzuarbeiten. Für Deutschlands Verpflichtungen müssen Zusammenarbeiten werden, deren Schwere erheblich sei und die zugleich der wirtschaftlichen Lage der empfindungsberechtigten Nationen entgegenkämen. Zur Deckung des Defizits der Zahlungsbilanz bestanden für Deutschland nur drei Möglichkeiten: Der Verkauf der Substanz des Landes, größere ausländische Anleihen oder die Befreiung der Währungsänderung. Den Ausverkauf der Landessubstanz habe Deutschland lieber nicht hindern können. Die Durchführung einer ausländischen Anleihe habe man versucht, aber vergeblich, da nach Meinung der City die Weltfinanz aufstehen zu schwer sei. Deshalb sei das deutsche Geld ein Gegenstand der internationalen Spekulation geworden. Solange die Währung Deutschlands auf dem internationalen Märkten auf seine Gleichgewicht gebracht sei, sei es unmöglich, das Budget auf bestimmte Zeit mit Sicherheit in Ordnung zu bringen. Jeder neue Marktzug und jede neue Preissteigerung werde den Haushalt gefährden.
Eine Reduktion des Verbrauchs sei kaum erreichbar, da die Weltmärkte und die Arbeiter weit unter dem Durchschnitt der Vorkriegszeit lebten. Es könne sich also nur um Vermehrung der Produktion und Vermehrung der Ausfuhr handeln. Eine derartige Vermehrung sei aber schwer,

Nm das Steuerkompromiß. Verständigung des Zentrums mit den Sozialdemokraten.

Aus den Berichten über den Parteitag des Zentrums ist schon zu ersehen, daß die Steuerfragen einen wesentlichen Bestandteil der Aussprache ausmachten. In vertraulicher Debatte, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, haben sich die Führer des Zentrums aber noch weit mehr mit den Steuerfragen und mit dem Steuerkompromiß beschäftigt als in der öffentlichen Verhandlung. Es kam hier zum Ausdruck, daß zwischen dem Zentrum und den Sozialdemokraten eine weitgehende Verständigung in der Steuerfrage erfolgt ist. So will das Zentrum den Sozialdemokraten in der Frage der Erfassung der Goldwerte Konzeptionen machen, während die Sozialdemokraten bereit sind, dem Zentrum hinsichtlich der indirekten Steuern entgegenzukommen. Scharf wandte man sich gegen die Demokraten, mit denen bisher eine Verständigung nicht möglich war und noch schwächer gegen die Deutsche Volkspartei, mit der eine Verständigung gar nicht gelangt ist. Man hofft in den Reihen des Zentrums, daß es gelingen wird, auch die Demokraten zu den Verständigungen, die zwar noch nicht bindend, mit den Sozialdemokraten getroffen worden sind, zu bewegen. Allen Anschein nach wird es deshalb gelingen, eine Mehrheit für die Steuervorlagen zu schaffen.

Vor einem neuen polnischen Gewaltstreik.

Das Breslauer „Schlachter-Wochenblatt“ teilt mit, es habe aus unterrichteten Kreisen Warschaws erfahren, daß die Erneuerung Poincares zum französischen Ministerpräsidenten neue Bewegungen auf die polnischen Absichten auf Oberbeschlüssen gebracht habe. Sofort nach den ersten Nachrichten über einen Ministerwechsel in Frankreich waren die Führer und Generalsekretär der polnischen Zentrale in Warschau nach Warschau geeilt, um von dort neue Instruktionen zu holen. Die Polen suchen nun einen Vorwand, um eine neue Aufstandsbeziehung in Oberbeschlüssen hervorzurufen zu können. Die kommunistischen Eisenarbeiter Oberbeschlüssen beschließen, in den nächsten Tagen in den Streik einzutreten. Die meisten Arbeiter der Hütten- und Steinfolgenreien sind bereits nicht eingeschlagen. Die weitere Ausbreitung des Streiks wird natürlich für die Polen die Begründung, um den Einmarsch zu erzwingen.

welche andere Völker sich dagegen wehren; aber das erfordere eine gewisse Zeit.

Es sind Maßnahmen ergriffen, um die Reichsbetriebe, Eisenbahnen, Post, Telegraphen, zu balanzieren. Ferner wird man die bisher zur Verfügung der Lebensmittel und sonstige selber gegebenen Subsidien allmählich abheben. Wollte man die Zahlungsbilanz herstellen, so gebe es aber nur zwei Möglichkeiten: einmal Verdoppelung der Verrentlichung der Steuern oder eine Riefenaktion. Da Deutschland schwerer als seine Nachbarn belastet sei, wäre es ganz unmöglich, die Steuern noch einmal zu verdoppeln. Genua sei es unmöglich, eine große Anleihe im Auslande zu erheben, da die Londoner City sich schon geneigt habe, einen viel kleineren Betrag für die Januar- und Februarzahlungen durch Anleihen zu gewähren. Auf sie eine Anleihe im Inlande kaum möglich. Angesichts sei die Frage, daß Deutschland sich allmählich aufzuhebe, daß es von seiner eigenen Substanz lebe.
Dr. Rathenau schloß seine Rede mit der Bereitwilligkeitserklärung Deutschlands, am Weltverband Europas mit zu arbeiten und den ihm zugewiesenen Teil zu übernehmen. Es könne sich umsonst daran betreiben, als es mit den technischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Sphärenheiten des Ostens vertraut sei.

Bericht des Reichsfanzlers vor dem Reichsrat.

Beim Reichsratsabend am Montag nachmittag eine Gesellschafung statt, in der Dr. Rathenau über den Verlauf der Verhandlungen in Genua und die Tätigkeit der deutschen Delegation berichtete. Der Reichsfanzler sprach sich dann in die Sitzung des Ausschusses des Reichsrats, wo er in verständlichen Ausführungen die politische Lage skizzierte. Der Bericht des Reichsausschusses wird der Regierung als Unterlage für Beschluß der Zahlungs- und Garantievorschläge dienen.

Steuerappell.

Dem Reichsrat liegt augenblicklich der Reichsausschussplan für das Finanzjahr 1922 vor, das mit dem 1. April 1922 seinen Anfang nimmt. Dieser Etat schließt mit einem auf dem Anleihenweg zu beschaffenden Defizit von 224 Milliarden Mark ab, und das, obwohl im ordentlichen Etat der allgemeinen Reichsverwaltung ein Ueberschuß von 18 Milliarden errechnet ist. Das Defizit setzt sich im einzelnen zusammen aus 3,1 Milliarden Beschlag im Extrabudgetarium der allgemeinen Reichsverwaltung, aus 11 Milliarden Beschlag bei den Betriebsverwaltungen (Eisenbahn, Post und Telegraphen) und aus 223 Milliarden Beschlag im Etat bei Friedensvertragsausführung. Diesen drei Beschlägen ist, wie gesagt, ein Ueberschuß von 18 Milliarden im Budgetarium der allgemeinen Reichsverwaltung gegenüber, so daß ein ungedeckter und auf Anleihe zu übernehmender Ausgabeüberschuß von 224 Milliarden sich ergibt. Wie man sieht, stammen 93 Prozent dieses erdrückenden Defizits aus den Friedenslasten, vorwiegend aus den Reparationskosten, die im Budget der Londoner Ultimatum in den Etat eingestellt worden sind. Eine weitere Verminderung wird möglicherweise dadurch eintreten, daß die Mark eine Verbesserung erfährt; die Reparationskosten, die ja im Soldmarkt Kapitalisiert sind, müssen als Papiermark in den Reichschat eingestrichelt werden, und es fragt sich, zu welchem Zwecke dieser Umwandlung erfolgt. Der vorliegende Etat ist auf einem Dollarkurs von 240 aufgebaut, während im Augenblick der Dollarkurs mit etwa 173 bezahlt wird. Wenn dieser Kurs während des Finanzjahres 1922 erhalten oder verbessert er sich gar, so muß das Defizit des Etats der Friedensvertragsausführung entsprechend sich vermindern, so daß also auch hieraus eine Verringerung der letzten ungedeckten Lücken hervorgerufen kann. Aber wie immer die Lage sich auch unter günstigen Umständen gestalten möge, das ist klar, daß die deutschen Reichsfinanzen bis zum Bereiche angekommen sind. Denn es ist vor allem nach ein Punkt in Erwägung zu ziehen: daß dieser Etat unter den Umständen bereits die Steuern einrechnet, die dem Reichstag genehmigt noch zur Genehmigung vorliegen, und nun die noch ein Kampf folgt, der es fraglich erscheinen läßt, ob die endgültigen Gesetze nicht so wesentliche Veränderungen gegenüber den Regierungsvorstellungen bringen werden, daß aus hieraus eine Quelle neuer Defizite entstehen mag — ganz abgesehen davon, ob die Zahlungsleistungen der Regierungsmehrheit in allen Punkten zurzeit noch vollständig überflüssig sind.
Die neuen Steuerentwürfe sind also ein integrierendes Bestandteil des Reichsausschusses, so wie er jetzt vorliegt, und es schärfte die Forderung noch rechtlicher und ersichtlicher Budgetierung erhoben werden muß, um so dringlicher ist es notwendig, daß der Forderung, den vorliegenden neuen Steuerentwürfen endlich ihren gesetzlichen Abschluß zu geben, aller ebedinglicher Nachdruck verliehen werde. Diese Entwürfe sind nun schon viele Monate alt und noch immer sind sie an den Beratungskommissionen der Kommission nicht an das Parlament zurückgelangt. Man wird den Ausschüssen gewiß das Recht zusprechen, mit äußerster Sorgfalt ihre Vorstellungen anzufassen, und ihre Bedenken gegen das Regierungsbudget durch schriftliche Angelegenheiten unterbreitet zur Geltung zu bringen. Aber ebenso wird man dem Reichsfinanzminister recht geben müssen, wenn er in der Denkschrift der vereinigten Ausschüsse die Forderung der Regierung formuliert, daß man nicht mehr allzu viel Zeit in Kleinigkeiten und oft rein theoretischen Kläufelungen vergeudet werde, und daß der Finanzverwaltung das Mittel in die Hand gegeben werde, das ihr geliefert, die voransichtlichen Einnahmen des Haushalts überhaupt erst einmal abzumessen. Wenn die Ausschüsse dennoch zu dem Schluß kommen, die Verhandlungen im gegenwärtigen Moment nicht weiter fortzusetzen und sich bis zur Klärung der Verhandlungen von Genua zu verlagern, so ist diese Verzögerung unter den obwaltenden Verhältnissen zwar möglich, aber die Notwendigkeit zu größerer Beschleunigung darf auch nicht in Vergessenheit geraten, und wenn nach Abschluß der Verhandlungen mit den Alliierten ein neuer Zusammentritt der Ausschüsse erfolgt, so muß es mit der Beschleunigungsklausel, die in den letzten Monaten von vielen Seiten geübt wurde, ein für allemal ein Ende nehmen.
Ja dem Reichsfinanzministerium, in dem wir uns augenblicklich befinden und in dem auch die presidenten Ausschüsse selbstige Arbeit geleistet haben, wäre es gewiss, aber Details Verhandlungen anzustellen, die vielleicht durch das Zustandekommen der Verhandlungen doch wieder eine Veränderung erfahren müssen. Im allgemeinen ist nur zu sagen, daß der Minister in einem Punkte feiner im Urteilen nicht sehr intransigenten Ausführungen zweifellos Recht hatte: daß es genehmigt, absolut ununterschiedlich, aber die Regierungsvorschläge hinaus

Jeht noch neue Steuerarten ausfindig zu machen und zu beschreiben. Das deutsche Steuerbüchse ist bereits sehr bunt gefüllt und fortwährend die nachfolgenden Steuern können mit dem amnestisch inaktiven Sammelvermögen kaum fertig werden. Da ist es prinzipiell eher am Platz, Berechnungen einzusetzen zu lassen als neue Konstitutionen. Das Ideal ist: möglichst wenige, aber möglichst ertragsfähige Steuerarten. Der Reichstag muß sich dieses Zieles bewußt bleiben und von weiteren düsternen Plänen absehen, die dem glücklichen Aufkommen schädlich nicht geringfügig wären. Fast wichtiger als die Befragung hat sich im Laufe der letzten Jahre nämlich der Wollzug erwiesen. Die höchsten Steuererlöse helfen nicht, wenn die Steuerbefreiungen den an sie heran tretenden steuerfähigen Aufwänden nicht genügen sind. Und daß dies gelegentlich der Fall ist, darüber bezeugt schon die eine Tatsache, daß sogar die Steuern für 1920 noch nicht durchwegs bezahlt, geschweige denn erhoben sind. Dem Reich, das mit einem Uebel an sein Parlament herantritt, die Steuererhebung zu beschleunigen, muß vor allen Dingen mit einem Uebel gegenwärtig werden, seinerseits keine Gesetze zu beschleunigen und schlagkräftig zu machen.

Die ersten 31 Millionen Goldmark an die Entente

Alle in Berliner unterrichteten Kreisen verläutet, ist der Reparationskommission von dem Mitglied der deutschen Kriegskostenkommission in Paris, Regierungsrat Mayer, die Mitteilung zugegangen, daß die ersten 31 Millionen Goldmark von Berlin aus bereits überwiesen worden seien. Ferner verläutet, daß alle Vorbereitungen getroffen worden seien, um auch die anderen Zahlungseisen pünktlich einzuhalten.

Ueberrichtung in England über den Auslieferungsauftrag

Zu dem Vorschlage der Kommission internationaler Juristen, die deutsche Regierung zu ersuchen, die deutschen Kriegsbeschädigten zur Abstellung auszuliefern, schreibt „Daily Express“, dieser Vorschlag ist überausd. Im Unterhause sei zu Anfang des Sommers erklärt worden, die kaiserliche Verträge seien nicht ganz unbefriedigend gewesen. „Daily Express“ sagt: Wenn der Oberste Rat dem Vorschlage der Kommission zustimmte, so würden erste Schwierigkeiten entstehen. Die Alliierten hatten die Befehle in Bezug auf die Abstellung der Kriegsbeschädigten für die deutsche Regierung eine physische Unmöglichkeit bezeichnet. Es sei zweifelhaft, ob die deutsche Regierung dazu eher in der Lage sei. Die Nachteile, Deutschland in Gefahr zu setzen, seien genau so groß wie damals. Während selbst milde Urteile des deutschen Reichs eine moralische Wirkung auf die Deutschen hätten, sei dies bei Urteilen der Alliierten nicht der Fall.

Eine Abgabe Lloyd Georges an Poincaré

Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ soll Poincaré bei seiner Besprechung mit Lloyd George den Plan angedeutet haben, das vorgelegene französisch-britische Abkommen in eine militärische Entente zur Handhabung und Ausführung des Versailleser Diktates umzuwandeln. Lloyd George habe aber darauf erklärt, daß die Vorzüge von Cannes das Bedenken seien, was die englische Regierung in dieser Angelegenheit anbieten könne.

Die Lloyd George nachstehenden Sonntagblätter drücken die Hoffnung aus, Poincaré als Premierminister werde eine andere Politik verfolgen als Poincaré in der Opposition, da sonst die Tage der Entente gezählt seien. Die englische Regierung könne unmöglich über die Garantie der französischen Gewinne von 1869 hinausgehen und eine dauernde militärische Befragung des deutschen Gebiets garantieren, noch kann sie den Plan für die schnelle Wiederherstellung des normalen Europas aufgeben oder französisch-ausländische Garantien in ihrer Ausführung als Voraussetzung des Garantiepactes fallen lassen. Lloyd Georges anschließende Unternehmung mit Poincaré führte zu keinem bestimmten Ergebnis, weshalb auch die Unterredung Lloyd Georges mit Millerand unterblieben ist.

Fortschritt von Cannes?

Wie Lloyd George nach seiner Rückkehr aus Paris erklärt, ist es unbestimmt, ob die Besprechungen mit Poincaré auch in dieser Woche in London fortgesetzt werden. Lloyd George hofft, im Laufe dieser Woche aus Paris eine Nachricht zu erhalten, in der erklärt werden wird, ob die unterbrochenen Verhandlungen in Cannes oder auf einer neuen Konferenz des Obersten Rates fortgeführt werden sollen.

Einfluß der Remonten in England.

Die englischen Wähler nehmen jetzt gleich „Daily Chronicle“ wieder in der Frage der Remonten eine andere Haltung ein. Fast alle waren vor Remonten in diesem Augenblick. Auch der Führer der extremen Konservativen, Lord Derby, erklärte sich für eine Hinusschiebung der Remonten. Lord Derby würde es gern sehen, daß Lloyd George angeklagt der vielen noch fernstehenden Fragen ein Vertrauensvotum vom Unterhause verlange.

America wartet ab.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Man erklärt, daß die Einladung, die Konferenz in Genoa zu besuchen, bisher von America nicht angenommen wurde. Man fährt bis darauf zurück, daß America sich abwarten müsse, wie die Dinge in Frankreich sich weiter entwickeln würden.

Neue Streikhege unter den Eisenbahnern.

Wie „Der Deutsche“ erzählt, wird zuerst in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und anderer planmäßig zum Streik getrieben. Führer dieser Bewegung, die auf eine sogenannte direkte Aktion hinauszielt, ist der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft Menne. Er findet in seinem Vorgehen die Unterstützung des Vorstehers im Hauptbeamtenrat Schwarz.

schloß. Der „Deutsche“ bemerkt dazu, was ein derartiges einseitig radikales Vorgehen im jetzigen Augenblick bedeute, bedürfe keiner näheren Darlegung.

Wegen „Schädigung der Besatzungsstruppen“.

Die internationale Rheinlandkommission in Koblenz hat heute Sitzung und festgestellt, daß die Besatzungsstruppen des Deutschen Reiches verhören.

Ententekomitee in Weimarn.

Wohin wurde das Komitee in Weimarn bei Weimarn von einer Ententekommission nach Weimarn durchgeföhrt, die man, natürlich vergeblich, sogar in Weimarn vermutete.

Aus dem Reichs-Opinski.

„Kriegsberichte“ aus dem Planischen Grunde.

Am Sonntagabend morgen waren an fast allen öffentlichen Orten und vielen Privatwohnungen in Weimarn die „Kriegsberichte aus dem Planischen Grunde“ und mit der Überschrift: „Das revolutionäre Tribunal, Abt. der Gewalt“ und „Missionsbureau der roten Armee, Hauptstelle Dresden“ angeheftet. In den Umschlagen wird an die Bandenüberfälle auf die Deutsche Bank und auf die Kaffee der Siemens'schen Glasfabrik erinnert und erklärt, daß Bandenwesen müsse viel krasser organisiert werden. Raubüberfälle müßten Tageserregnisse werden.

Aus Stadt und Umgebung

Handwerkskammer:

* Jeden Mittwoch von 9-12 Uhr: Amnestie gegen Verletzung gegen Verletzung, Dorfstraße 10, Kleiderstraße.

Streik der Metzger.

* Die Metzger in Halle und Weimarn streiken.

Der Wirtschaftsbund für Handel und Gewerbe

für Weimarn und Umgebung soll nunmehr gegründet werden. Der seiner Zeit gewählte Ausschuss hat Sitzungen ausgearbeitet und lobt auf Mittwoch, den 18. ds. Monats abends 8 Uhr nach dem „Raisler“ zur Versammlung aller Interessierten ein. Der Zweck ist jeden Kaufmann und Unternehmer dringend zu empfehlen. Der Arbeitsplan ist ein großartiger zur Wahrung aller wertvollen wirtschaftlichen Interessen unter Ausschaltung eines Syndikats und unter Ausschluß jeglicher Politik.

Eine heftige Rede.

* Schon in den letzten Kriegsjahren und dann auch noch in den Jahren nach dem Siege mußten die Schulen sich ohne Handbücher und Hilfsmittel behelfen. Dieser große Mangel ist jetzt dadurch beseitigt worden, daß Herr Stadtrat Tauscher jeder einzelnen Schule eine ausreichende Zahl von Hand- und Hilfsbüchern im Werte von rund 5000 M. geschenkt hat. Es sei ihm herzlich dafür gedankt.

Der 145. Geburtstag

am gestrigen Sonntag im Schlossgartenfeld wurde uns durch einen Nebenbrennen, den Frau Charlotte Voße veranstaltete. Die Kaviarbegleitung hatte Herr Fritz Vack abgenommen.

Am 1. Teile wurden wieder von Franz Schubert (Mit dem Tod, Bekämpfung der stürmischen Erde) und Hugo Wolf (Wiederkehr, Es war ein alter König, Der Freund) gesungen; im 2. Teile von Johannes Brahms (Wohle, so willst du mich wieder - Unbewegte laue Luft - Wenn du nur anwelen läßest - Dein blaues Auge - Ach, und du mein süßes Wasser - Mein Lieb ist ein Jäger), im dritten Teile wieder von Richard Strauss (Die Nacht - Zueignung - Schöne Mädchen - Traum durch die Blätter - Grotte).

Der Abend war ein Höhepunkt. Die gelehrte Sängereintrug die Gesang mit tiefer Innigkeit und dann auch wieder mit wunderbarer Profanität. Die Musik war unübertrefflich. Die Zusammenstellung der Lieder verdient besonders hervorgehoben werden sollen: jedes wurde seiner poetischen und musikalischen Darstellung entsprechend von der Sängerin so durchgeführt, daß der Inhalt vollständig ersichtlich wurde: wir höre die Stimme leise flagen, dann wieder schmeckten sie sich ein, um an anderen Stellen Horn und Streichen und Violoncellen auszuheben. Welterheit war die Begleitung auf dem höchsten Standpunkt, der diesmal so recht zur Geltung kam. Herr Fritz Vack, der erstklassige Künstler, hat Monate langes Studium hinter sich, er trat seit längerer Zeit wieder an die Öffentlichkeit. Welche glänzenden Fortschritte er auf; die meisten Lieder stellen bekanntlich hohe Ansprüche an den Begleiter. Gewesen wunderbar war die Harmonie zwischen Gesang und Klavierbegleitung.

Das Publikum lobte den Künstlern nicht nur durch reichlichen Beifall, sondern auch durch die feierliche, ja andächtige Haltung. Diesmal auch keine Störung durch Zusätkommen usw. - Also es geht!

156. Sitzung der hiesigen Handelskammer.

* Mittwoch, den 15. Februar 1922, vormittags 9 Uhr. Zur Berichterstattung gelangen die nicht eingekündigten Wähler Nr. 11838 bis 12187, bestehend in Ackerern, Wäldern und anderen Gegenständen. Die Wähler können noch bis Dienstag, den 14. Februar 1922, mittags einhalb 1 Uhr eingekündigt oder erneuert werden. Etwasige Übergehende werden innerhalb Jahresfrist in der Sammelklasse ausgeführt.

Die Wählerversammlung für die geraden Abgeordnete

begegnet allseitig dem lebhaftesten Interesse. Damit die Sammlung bald abgeschlossen werden kann und die Wähler nach Danks abgehandelt werden können, ist es erwünscht, daß diejenigen, welche noch Wähler listen wollen, sie bald bei Frau Dobrowski (Entenplan) einlefen. Ein Betrachter kommt Schlußfolgerung aller Art von der Welt bis zu dem Gerächigen übertrieben, sondern aber auch Gefährlich und Gefährlich, natürlich nur in gutem Falle, da das notwendig ist, daß die Jugend der geraden Abgeordnete denken und fähig sein. Der parlamentarische Prozess.

beeren Wählerstadt, für welchen Frau Dobrowski die Sammlung der Wähler übernommen hat, bitte uns, erneut auf die Bedeutung und die Hilfsbedürftigkeit der Angelegenheit hin zuweisen.

Interessengemeinschaft Engelhardt - Eiben.

* Zulassen der Engelhardt-Bräneri Aktien-Gesellschaft an Berlin und der anderen Aktienbräneri an Hannover ist vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Generalversammlung ein Interessengemeinschafts-Vertrag abgeschlossen worden, der bezogen, unter Wahrung der rechtlichen und verwaltungsmäßigen Selbständigkeit beider Gesellschaften die Geschäftsführung einheitlich zu gestalten und beiden Gesellschaften gleiche Ertragsanteile zu sichern. Drei Aufsichtsratsmitglieder und der Generaldirektor von Engelhardt treten in den Aufsichtsrat von Eiben und drei Aufsichtsratsmitglieder und ein Generaldirektor von Eiben in den Aufsichtsrat von Engelhardt ein. Zur Durchführung einer engen Arbeitsgemeinschaft zwischen Engelhardt und Eiben und zur Durchführung des Gemeinschaftsinteresses wird eine Engelhardt-Eiben G. m. b. H. errichtet. An Zusammenlegung mit dem Aufsichtsrat des Interessengemeinschafts-Vertrages wird das Aktienkapital der Engelhardt-Bräneri von zur Zeit 18 Millionen Mark auf 42 Millionen Mark und das der anderen Aktien-Bräneri von 9 Millionen Mark auf 21 Millionen Mark erhöht, wobei den Aktionären äußerst günstige Gegenstände eingehandelt werden.

Die Umgestaltung bei landwirtschaftlichen Genossenschaften und bei Mischkulturen der Nebenprodukte.

* Die Landwirtschaft muß es schwer empfinden, daß bei den Mischkulturen der Nebenprodukte an ihre Genossenschaftsmittelwerke sowie beim Verkauf der aus der Mischkulturen gewonnenen Erzeugnisse durch die Mischkulturen an den Mischkulturen und Kleinhändlern eine doppelte Umschlagung erfolgt. In gleicher Weise wird es als ungesund empfunden, wenn den Landwirten bei der Veranlagung zur Umgestaltung zum Preise der von ihnen gelieferten Futtermittel nach der Wert der von der Fabrik kostenlos zurückgelieferten Nebenprodukte von den Steuerbehörden hinzugegerechnet wird. Wegen beider Mischkulturen ist der Reichs-Landbau beim Reichslandwirtschaftlichen Ministerium vorstellig geworden, ohne eine Entschädigung im Veranlagungswege erwirken zu können. Dem Reichs-Landbau ist hierbei, daß der Reichslandwirtschaftsminister in seinem Bescheide auf das Reichs-Landwirtschaftsministerium verwiesen, dem er nicht vorgreifen sollte. Es wird also von der Einlegung der Rechtsmittel, unter Umständen bis zur höchsten Instanz hinaus, durch die landwirtschaftlichen Berufs-Organisationen Gebrauch zu machen sein, um in beiden Angelegenheiten eine gute Lösung zu erwirken. Die landwirtschaftlichen Berufs-Organisationen sind aber der rechtliche Inhalt des zwischen Landbauer und Fabrikant abzuschließenden Lieferungsvertrages doch so gestalten, daß die Mischkulturen ganz oder teilweise vom Landwirt nicht mitverkauft werden. Im landwirtschaftlichen Betriebe selbst erzeugte und verkaufte Futtermittel, wie die Mischkulturen, sind aber u. U. alsdann umsatzsteuerfrei.

Umtausch der fälligen 5proz. Reichsanleihe-Schwanenbonds.

* Die Preussische Staatsanleihe (Schwanenbond) weist darauf hin, daß die am 1. Februar zur Kündigung gelangenden 5proz. Preussischen Schwanenbonds in neue 5proz. Preussische Schwanenbonds, fällig am 1. Mai 1925, über umgetauscht werden können. Der Umtausch wird unter Zugrundelegung eines Kurses von 99,10 pCt. für die neuen Schwanenbonds ausgeführt, so daß den Umtauschenden eine Vergütung von 0,90 pCt. zufließt. Zu dem gleichen Kurse von 99,20 pCt. können bis auf weiteres die neuen Schwanenbonds von der Staatsanleihe aus käuflich erworben werden. Banken, Bankiers, Sparkassen, Kreditvereine, Versicherungsbüros und bewährte Vermittler von Wertpapieren, geschäftlich erhalten für ihre Vermittlung eine Sondervergütung von 0,20 pCt. Es empfiehlt sich, Umtausch-Kauf, Kaufanträge baldmöglichst einzureichen.

Erhöhung der Bahnpostgebühren.

* Ab 1. Januar d. J. ist der Höchstbetrag für Befreiung landwirtschaftlicher Abfertigungen von 100 auf 1000 Mark erhöht worden. Dem geltenden Gebühre entsprechend, werden die unter den Begriff „Bahnpostgebühren“ fallenden Befreiungen, wie unbefragte Betreuen der Bahnanlagen, Beschädigung der Bahn, Auffahrungen und Abbrüchen bei fahrenden Zügen, Mißbrauch der Postboxen usw. künftig mit höheren Strafen geahndet werden.

Eine Sondergebühr für Telegramme.

* Die Reichspostverwaltung teilt mit: Im Verhältnis zu ihnen, führen viele Telekommunikationsbetriebe in letzter Zeit die höchsten Preise für Telegramme. Es ist sehr, daß bei der Entzugsanleihe mit langer und eingehender Nachforschung beider, um den Empfänger kennenzulernen. Die Schwierigkeit, die hieraus für die Telegrammabfertigung entstehen, besonders in den großen Städten, für die die Telegrammabfertigung ausdrücklich die Aufgabe von Strafe und Hausnummer fordert, sind fast unüberwindlich geworden. Man denkt nicht, daß durch die vielen Telegramme mit ungenügender Aufsicht die Befreiung aller Telegramme fast verweigert wird. Auch das bedarf man nicht, daß der Postverwaltung durch den Mißbrauch von Briefen und Telegrammen, die letzten Endes die Steuerpflicht auferlegen müssen. Es hat daher für die Telegrammverwaltung die zwingende Notwendigkeit vorgelegen, die Telegrammabfertigung dahin zu ändern, daß vom 1. Januar ab eine Sondergebühr von 4 Mark erhoben wird, wenn der Telegrammbetrieb außergewöhnliche Leistungen aufweisen muß, um Telegramme mit ungenügender Aufsicht beschaffen zu können, d. h. wenn tatsächliche Nachforschungen in Adressbüchern, Handbüchern, Verzeichnissen usw., Festlegung der Aufsicht über bestimmte Abteilungen an den Betreuer erforderlich sind. Ausgenommen sind selbstverständlich die Telegramme mit vereinbarte abgesetzter Aufsicht.

Defektorangriff des Wälderwald-Bereins.

* Am Sonntag, den 15. d. M., feierte die hiesige Ortsgruppe des Wälderwald-Bereins im Saale des Standesamtes ihr 3. Defektorangriff. Mit Genehmigung konnte sie auf die rege Beteiligung ihrer Mitglieder an dem im vorigen Jahre veranstalteten Touren zurückzuführen, und es gelangte dem ersten Vorsitzenden, Herrn Schütz, aus dem Besonderen, einen Besuch Damen und Herren Aufmerksam überreichen zu können. Das Fest verlief in äußerst ansehnlicher Weise. Es wurde verbracht durch Theaterauff.

führungen einiger Mitglieder sowie durch verschiedene Inter-
vonträge des Bittbüros. Als sehr tüchtig erweist sich
Herr Emphoff, der es gut verstand, die Sachverhalte der Be-
trnehmer in Tätigkeit zu setzen. Besondere Erwähnung ver-
dienen die künftigen Beiträge der Holzarbeiter, die in
früheren Zeiten nicht, welche für den Abend gewonnen
werden konnte. Ihre Gehaltsverhältnisse sind „Gretel“
von Wilmner, sowie der temperamentsvoll vorgebrachte
„Carabus“ aus der Ewerette „Die Hildebrand“ von Strauß
haben reichlich Beifall, bemängeln sie auch die „Lied-
Lied“ Madame Katterfeld, die wegen der auf dem Theater
hätte Herr Emphoff überkommen, der sich seiner Aufgabe mit
größter Gewandtheit entledigte. Den Schluss der Feste
bildete ein Ball, der die Teilnehmer noch sehr lange bei-
sammen hielt.

Der Verein der Schmärer

Hier gestern feierte die Monatsversammlung. Nach Besprechung
des Vereinsjahresberichts können Abgabende, die in dem
abgetretenen Gebiet ein eigenes Grundstück besitzen und
als Erlös dafür in Höhe ein anderes erwerben, auf
Eintrag von der Grundsteuerbefreiung besetzt werden. Zum
Redaktionsmitglied sind die bisherigen Sekretarinnen
noch immer nicht ernannt. Besetzung in Berlin und an-
deren Orten der Teilnehmer der Monatsversammlungen lassen
ein halbes Ergebnis der Ausführungsbestimmungen er-
hoffen. Hauptreferat der Monatsversammlung des Deutschen Hühner-
Züchtervereins Anfang März, die das Landesverbandes
Anfang Februar stattfinden. Durch Vertagung des Deut-
schen Hühnerzuchtvereins ist die Provinzialhühner-
Züchterverein angestrichen, die die Einstellung von
Hühnerzuchtvereinsmitgliedern besonders zu berücksichtigen.
Die betreffenden Bewerberinnen wollen höher einreihen
einreichen, die sie kann bevorzugt weitergeleitet werden.
Auch beim Reichstagskomitee der Reichstagskommissionen
Bericht sind noch Stellen mit Kandidaten zu besetzen; dies
bezügliche Bewerbungen mit Lebenslauf werden ebenfalls
von den Ortsgruppen weitergeleitet. Neben Juristen kommen
hier besonders Bureauchreiber und ähnliche Kräfte in Frage.
Erfahrung ist die der Reichstagskommissionen in entsprechen-
den Stellen. Da die nächste Monatsversammlung insbesondere
die berufliche Zusammenfassung ist, in der u. a. die
Wahl des Vorstandes und Entsendung des stellvertretenden Vor-
sitzes geht, so werden zwei Meinungsprüfer gewählt, und
der Wahlvorsitz für die künftige Zusammenkunft der
Verbandsversammlung gegeben. Die Wählerzeit wird nochmals
seltener Benutzung empfohlen. Wiedereinreichung ist jeden
Sonntag, mittags 12 bis 1 Uhr bei Herrn Studienrat Dreiner,
Glockenstraße 24 I. Dem geschäftlichen Teile folgte ein
gemütliches Beisammensein.

Samstag des Halleischen Lehrer-Gesangsvereins.

* Am 28. Januar abends 8 Uhr veranstaltete der Halleische
Lehrer-Gesangsverein nach längerer Zeit ein Konzert (148. Bil-
dungsabend) im Schloßparksaal. Jeder Vereiner wurde
hier freuden, daß es möglich ist, wieder einmal solch einen
höhen Kunstgenuss am Ort haben zu können. Vom Vortrag
gelangen Chorwerke von Hegar, Wiesner, Mann, Döber-
graben. Auch werden einige Volkslieder gesungen. Dann
ist es auch noch gelungen, ein vorzügliches Trio (Klavier,
Violine, Cello) für diesen Abend zu gewinnen. (Wäheres siehe
Anzeige.)

Minuten des Polizeiverzeichnisses.

* Die Lieberbrunnarten zu 1.60 Mark, 3.00 Mark, 5.00
Mark und 10.00 Mark verlieren mit Ablauf des 20. Januar
ihre Gültigkeit. In den Händen des Publikum befindliche
Erlöse können bis Ende Januar gegen andere Polizeiver-
zeichnisse umgetauscht werden. Die Polizeiverzeichnisse sind
Sicherheitsscheine zu dieser Maßregel geworden.

Eine Arbeitsgemeinschaft für den sozialen Fürsorge in der Provinz Sachsen.

* Vor einigen Tagen fand in Situationsrat der Landes-
versicherungsanstalt eine Besprechung statt, in welcher eine
Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger und der
Versicherungsberechtigten in der Provinz Sachsen und
des freiwirtschaftlichen Bereiches gegründet wurde. Betreuer waren:
Verband der Arbeiterklassen im Bezirk der Landesver-
sicherungsanstalt Sachsen-Anhalt (Sig. Wagdeburg), Verband der
Arbeiterklassen in der Provinz Sachsen und Anhalt (Sig.
Dahlmann), Verband der Betriebsrentner, die Verbände
der Jugendrentner, die landwirtschaftlichen Berufs-
genossenschaften für die Provinz Sachsen, Verband ge-
werblicher Berufsvereinigungen für die Provinz Sachsen, die
Landesversicherungsanstalt, Norddeutsche Knappschafts-
rentenanstalt (Halle), das Provinzialhochschulratsamt, Oberprä-
sident Dr. Fring, Regierungsrat Dr. v. Gersdorff u. a. Die
Arbeitsgemeinschaft hat Angehörige hat ebenfalls
ihre Mitgliedschaft zugesagt. Die Verträge soll zur Zeit
nicht in die Arbeitsgemeinschaft mit einbezogen werden.
Geheimer Regierungsrat Böllig bereitete sich über den
Vertrag dieser Arbeitsgemeinschaft. Bislang der Landesver-
sicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und den Arbeiterklas-
senverbänden besteht schon seit längerer Zeit ein Vertrag, der
auf Grund der vom Landesversicherungsamt erstellten Möglich-
keiten gebildet ist. In der freiwirtschaftlichen Arbeitsgemein-
schaft sind die Wohlhabendsten Aufnahme finden. Als Zweck
der Arbeitsgemeinschaft wird die Förderung der den an-
gestellten Beamten, Behörden, Körperlichkeiten gegenseitig
abnehmenden oder freiwirtschaftlichen überkommenen Aufgaben.
Als Folge werden namentlich angesehen, die Ausgestaltung der
Arbeitsgemeinschaft, die gemeinsame Erledigung wirtschaftlicher
Angelegenheiten, gemeinsame Behandlung und Regelung all-
gemeiner Fragen. Jeder die Aufnahme weiterer Mit-
glieder entscheidet der Vorstand. Dieser besteht aus 15 Mit-
gliedern. Dem Vorstand wird eine Geschäftsstelle eingerichtet,
die ihren Sitz bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-
Anhalt in Wehburg hat. Die Sitzungen fanden die
Zustimmung der Versammlung, wodurch die Gründung voll-
zogen wurde.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Halle vor dem Feuer?

* Halle, 17. Januar. Die Zeitung der Stadt Halle
in die Ortsklasse A bringt die Stadt in die Gefahr, als
erste deutsche Großstadt den Bankrott erklären zu müssen.
Die durch diese Zeitung notwendig gewordene Erhöhung
der Ausgaben für die Beibehaltung von den Magistrat, der

Letzte Depeschen

Die „Times“ an Frankreichs Adresse.

London, 17. Januar. Mit ungeheurem Spannung steht
man der Entwidlung der englisch-französischen Beziehungen
entgegen. Bezeichnend für die Stimmung ist ein Artikel
der „Times“, die seit 1914 für Frankreich durch Wasser
und Feuer gegangen waren. In dem Artikel heißt es:
„Wir haben während der letzten Wochen seiner Regie-
rung den Vorteil genossen, durch mehrere Erfahrungen in
Washington und anderen einige Seiten der Lage seines
Landes zu sehen, welche die Mehrzahl der Franzosen ent-
weder nicht sehen oder ausschließlich übersehen. Der Beginn der
Kampferung von Combes bei in Washington gewesen, deutet
in Washington habe die amerikanische Regierung ihren ganzen
Einfluß angewandt, um die amerikanische Presse zurück-
zuführen, sonst hätte eine so gefährliche Explosion des ameri-
kanischen Jorns gegen die Haltung der Franzosen statt-
gefunden, daß selbst dem Präsidenten die Augen geöffnet
werden wären.“

Das Wesen der Washingtoner Konferenz sei von Frank-
reich grundrichtig erkannt worden. Gelehrten mit dieser
Einsicht gehen der Gedanke, Frankreich sei in wirtschaftlicher
Hinsicht zu unangenehm, daß es die politische Isolierung und
den Zusammenbruch der wirtschaftlichen Lage im übrigen
Teile Europas mit verhältnismäßiger Gleichgültigkeit hin-
nehmen könne. Der Gesamtgang sei der, daß, wenn sich
Deutschland herabwärts wendet, Reparationen, Geld oder
Waren zu liefern, Frankreich, sie auf eigene Faust mit
militärischen Mitteln beschaffen könne. Es sei schwer zu
sagen, ob dieser Zustand nicht die phantastische der
Sanktionen sei. Die große Mehrheit der französischen
Publikums habe keine Ahnung von der Lage, in die es
versetzt worden sei. Es habe während der letzten Tage die
Welt vor sich verbitterte Ende des Bergabes angesehen,
obgleich im großen genommen die französische öffentliche
Meinung weder militärisch noch aggressiv sei und eine
Isolierung nicht billige.

Die Vertagung der Genue-Konferenz.

Paris, 17. Jan. (Sig. Drahtber.) Eine herabzogene
Berichtshilfe des französischen Nationalblatts erklärte einem
Bereiter des „Menapet Herald“, daß Reinecke sich selbst
nach Genue begeben wird, sofern Lloyd George und W.
Bonomi an der Konferenz teilnehmen.

Der Reichskanzler

pricht morgen vor dem auswärtigen Ausschuss.
Berlin, 17. Jan. (Sig. Drahtber.) Heute nachmittag
3 Uhr wird die Geschäftsverhandlung fortgesetzt. Es beginnt
eine halbe Stunde später eine Kabinettsitzung. Die Ber-
atungen der Antwort an die Reparationskommission sind
noch nicht so weit gediehen, daß man sich schon mit ihnen
in gemeinsamen Beratungen beschäftigen konnte. Trotzdem
wird der Reichstagsrat morgen im Auswärtigen Ausschuss
des Reichstages über den Stand der Reparationsfrage einen
Bericht geben.

Der heutige Dollarhand.

Berlin, 17. Jan. (Eigenes Drahtber.) Der Dollar
hand heute mittags 12 Uhr 187.

Konfolidation der Einrenten-Schulden in Amerika.

Washington, 17. Jan. Der Senatsschuh für die
Finanzen hat den Bericht, Sägen der Ministern zu
entschieden, schließt. Der Senat beschließt eine Resolution
in der vom Staatsdepartement die möglichen Auskünfte
über die finanzielle Lage der europäischen Regierungen
verlangt werden, besonders über ihre militärischen Aus-
gaben.

Republikanische Verkrebungen

im ungarischen Parlament.

Budapest, 17. Jan. In der Nationalversammlung wurde
Montag ein Antrag eingebracht, die Nationalregierung möge
das Gesetz über den Schutz des Königums außer Kraft setzen
und zulassen, daß eine republikanische Partei nicht als
trafbar behandelt werde.

Steuererhöhung auf 200 Prozent zu erhöhen. In einer
großen Versammlung der Zentralauschusses der Halleischen
Arbeitervereine wurde die Erklärung abgegeben, daß
1500 Prozent das höchste seien, was die Halleischen Arbeiter
aufrichten könnten. Es heißt, daß auch die Städte-
verordneten dem Magistratsantrag nicht zustimmen werden.
Das nächste Finanzgremium tagen hat die Erklärung ab-
gegeben, daß die Stadt bei der Wahlen keinen Kredit mehr
bestimmen würde, wenn die Steuererhöhungen des Magistrats
abgelehnt werden würden. In der gestrigen Stadterver-
sammlung ist die Steuererhöhung nun in Wausch und Wogen
abgelehnt worden. Was geschieht jetzt?

Arbeitsgemeinschaften in der Eisenbahndirektion Halle.

* Halle, 16. Jan. Trotz erfolgter Ablehnung verbleibt
das Gesetz, von Arbeitsgemeinschaften. Der Verwaltungs-
vertrieb des Eisenbahndirektionsbereiches Halle zu der Be-
handlung, daß neben einer erheblichen Unterbringung
auf die Angelegenheit des Betriebswens einer sehr be-
trächtlichen Fahrtenverteilung auf dem Wege Halle-
Wagdeburg der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung über-
geben ist.

Überfahren!

* Halle, 16. Jan. In einer der letzten Nächte wurde
auf der Berliner Straße zwischen Halle und Hohenturm
eine Frau vom Zuge überfahren und getötet. Der Fahrer
war von der Bahn durchschritten worden. Bei der Re-
cherche fand man außer zwei Fahrlässigen 1. Klasse Berlin-München
über 1000 Mark in Silber und Kupfergeld, sowie ein
Geldstück. Aus einem in Schweden ausgestellten Bahngang
ergab sich, daß die Tote in Stockholm geboren war.

Aus Provinz und Reich

Wagdeburger Gebiet muß an die Röhren-Tabakerei
verkauft werden.

Halle, 17. Januar. Einem interessierten Schlo-
berich entzogen wird im Wagdeburger Salzgebiet an
die Röhren-Tabakerei ein Werkstätten von 550 Hektar Fläche
auf 30 Jahre verpachtet werden. Die Stadt erhält keinen
Schadens. Dieser wird vielmehr kapitalisiert und den be-
stehenden Schulden getilgt. Ferner muß die Stadt einen
Eigentümer, zwei elektrische Krane und die dazu gehörigen
Vorzüge der Röhren-Tabakerei als Eigentum übertragen.

Veränderung der Straßenbahnverträge in Leipzig.

Leipzig, 17. Jan. Da die Verhandlungen über die von
den Leipziger Straßenbahnern geforderte neue Verträge
bislang zu einem Ergebnis nicht geführt haben, ist mit der
Eröffnung einer Sitzung der Leipziger Straßenbahnern zu
rechnen. In einer am heutigen Dienstag stattfindenden Ver-
sammlung der Straßenbahnern soll darüber Bescheid gefasst
werden, ob in den Streik eingetreten werden soll oder nicht.
Der Streik dürfte eventuell bereits Mittwoch früh beginnen.

Die Not des Künstlers.

Leipzig, 14. Jan. Ein Beweis dafür, daß es mit
den Bedürfnismöglichkeiten in der Kunst gegenwärtig sehr
schlecht bestellt ist, ist die Tatsache, daß der Leiter des
städtischen Orchesters, Adel, sich gezwungen gesehen, nach
Beitrag der städtischen Subvention in den Streikposten
als gewöhnlicher Arbeiter einzutreten, um nicht verhungern
zu müssen.

Reberfahren.

Halle, 12. Jan. Am Mittwoch abend wurde der Ge-
richtshof der Halle aus Begleitern in Begleitern in einem
Wagen zwischen Weitzsch und Schwan von drei Männern
unter dem Vorwand, sie seien Beamte, die in Begleitern
überhört werden und sich Landwehr Regiment aus Schwan
nannte, überfallen und trotz heftiger Gegenwehr durch einen
Stich in den Rücken verwundet und seiner Wertsache in
Höhe von 104 000 Mark beraubt. Die Täter entlaufen.

Ein Wollenknäuel in Frankfurt am Main.

Frankfurt a. M., 14. Januar. Auch in Frankfurt wird
in Hofhaus erwischt werden, das mit Hilfe amerikani-
scher Kapitäns im Hinblick an das Weggebäude erhandelt
werden soll.

Veracruz wegen unzulässiger Wettbewerbs.

Frankfurt a. M., 18. Jan. Die hiesige Straßenbahn wird
entstellt den noch vor kurzem bei der hiesigen hiesigen
Kaufmann Chemiker Dr. Paul Kappelmeier zu
neun Monaten Gefängnis und 60 000 Mark Geldstrafe
bei fester Verhaftung. Kappelmeier nahm Weisheiten
von geheim zu halten den Zellen und einen der
Verfahrenproduktion der hiesigen Werke in der Weitzsch
bei einem Auslandsbezug zu unterstützen. Er hatte sich
bereits mit Dr. Knig in Berlin, der für die amerikanische
Zentralregierung deutsche Rechte und den Auftrag
inzwischen zu erwerben suchte, in Verbindung gesetzt.

Wichtige Erprobungen.

Frankfurt, 15. Jan. Die am 7. d. M. neu erschienenen
Zotten- und Elberfelder-Gangräuber bringen riesige Güter
zu kommen an einem einzigen Tage rund 200 000 Pfund
geliefert werden.

Sturmrisiken auf der Insel Vorkum.

Vorkum, 14. Jan. Die Strandmauer der Insel Vorkum
hat durch die schweren Stürme der letzten Tage fast gänzlich
in verschiedenen Punkten die Mauer durch und unter-
lagen zerfallen. In einer Besichtigung der Unter-
mauerung wird die preussische Regierung angefordert,
Schnell zu unternehmen, um Vorkum vor dem Untergang
zu retten.

Überstreifliche Kamerbereitschaft in Erwartung eines Besuchs.

Katowice, 16. Jan. Wie bereits gemeldet, sollte für
den gestrigen Sonntag der Ausbruch eines neuen Aufstandes
zu erwarten sein. Alle Polizeistationen erhielten be-
zügliche den Befehl, sich alarmbereit zu halten. Es ist jedoch
zu Ausfertigungen bis jetzt nicht gekommen und der Sonntag
verlieft vollkommen ruhig.

Frankreichs Haltung in Oberitalien.

Epinal, 16. Jan. Wie die „Oberitalienische Tages-
zeitung“ meldet, erziehen in einem Restaurant zwei fran-
zösische Soldaten und verlangten von dem Wirt Schwere.
Der Wirt sprach von Altschiff an die internationalen Besatzungs-
truppen ist durch eine Verbindung der internationalen Kom-
mission strengstens verboten. Der Wirt war die Soldaten
darauf aufmerksam, worauf der eine von den Franzosen
das Messer zog und gegen den Wirt vorzugehen wollte.
Er traf den Wirt in die Brust und ließ ihn nieder.
Der Gefährliche war sofort tot. Ein Gefährlicher, der sich
begünstigen darf, wurde von den Franzosen so schwer ver-
letzt, daß er im Laufe der Nacht verstorben sein soll.
Die beiden Franzosen ergreifen die Flucht und sind in
der Dunkelheit fluchtlos verschwunden.

Ein Schiffsunglück.

Berlin, 13. Jan. Ein Aufreger ereignete sich
gestern in der Stadt in Schles. Ein dem Gohlfog aus-
stehender Handwerker verließ in nordwestlichen Schlaf.
Auf seiner Weise war es möglich, ihn zu wecken. Der
Schläfer schmeckte in einem Startrampf befangen; denn
alle Bemühungen, ihn wach zu erwecken, mislungen.
Nachdem er fast eine Woche in diesem Zustande lagerte,
wurde seine Überführung in das Krankenhaus ange-
ordnet.

Rechtsanwältin: Politik krit. und prov. Zeit.
Dr. Dahl. — Sport: M. Gohlfog. — Anzeigen:
H. V. V. — Druck und Verlag: Weitzschweg Druck-
verlagsanstalt S. V. V. Halle, sämtliche in Weitzschweg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Die Lebenshaltung in deutschen Städten.

Die neueste Statistik der Indizes stellt von einer Steigerung im November auf 1917, im Oktober betrug die Ziffer noch 1446, im September 1062. Damit ist aus...

Aus dieser im allgemeinen sehr interessanten Statistik ergibt sich, daß Berlin keineswegs die höchsten Preise für Lebensmittel hat. Die Lebensmittel- und Beschäftigtenlöhne in den einzelnen Städten sind recht verschieden.

So betragen die Lebensmittelindizes für November in Berlin 1416, München 1494, Frankfurt a. M. 1446, Leipzig 1366, Augsburg 1260 und in zwei Städten 1428, Oberhausen 1374, Neustettin 1371, Wachen 1528, Hamburg, Wachen, Bremen, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Rastowitz haben für November die höchsten Lebensmittelindizes.

Ueber die Aufwendungen für Bekleidung geben uns einige private und städtische statistische Berechnungen Aufschluß. Setzt man die Bekleidungsanfwendungen für 1914 auf 100 fest, so betragt die Ziffer für Berlin-Schöneberg 2189, Kiel 1771, Nürnberg 2522, Ludwigshafen 2187, ein Vergleich zwischen Wien und Berlin zeigt einen ungeheuren Unterschied. Das Ernährungsminimum kostete im November in Wien 432mal so viel, in Berlin 32mal (Kronen- und Markwährung).

Die Verborhrtheit der roten.

Unter der Ueberschrift „Die Heuschrecke der Christen“ bringen die sozialistischen Blätter einen offenbar vom Deutschen Bundarbeiterverband kommenden Artikel, welcher das zwischen dem Bund und Krovung Sachsen und dem Zentralverband der Bundarbeiter getroffene Abkommen kritisiert und den auf christlich-nationaler Grundlage beruhenden Zentralverband verächtlich zu machen sucht.

Die sozialistischen Zeitungen müssen ihren Lesern eine recht geringe Urteilskraft vertrauen, denn sie drucken nach diesen Angriffen auf den Zentralverband das Abkommen desselben mit dem Bund und wörtlich ab, dessen wesentlicher

Kein ein parteilicher Ausschluß bildet, in dem Bundarbeiterfragen berücksichtigter Art, mit Ausnahme des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, behandelt werden sollen. Das Lohn- und Arbeitsverhältnis selbst wird bekanntlich in den eigentlichen Verträgen, also auch mit dem deutschen Bundarbeiterverband unterhalten. Was liegt nun näher, als im Sinne der sozialistischen Ausfahrungen zu behaupten, daß auch der Deutsche Bundarbeiterverband sich durch die Arbeitge-meinschaften mit den Arbeitgeberverbänden diesen „mit Haut und Haaren verfahren“ hätte?

Die Dinge liegen jedoch bei Weitem beträchtlich in Wirklichkeit etwas anders: Wo die Sozialisten es für nötig und förderlich für sich halten, da bilden sie selber Arbeitge-meinschaften mit dem Unternehmer, denn zur Vornahme geht das nicht anders. Wenn aber darüber hinaus all-gemeine Fragen des Bundarbeiters behandelt werden sollen, dann will man lieber unter sich sein, aber man wachtet auf die Zeiten der Vollsozialisierung oder Diktatur, wo man allein Herr im Hause zu sein hofft. Schätze der Klassen-kampfsphäre der sozialistischen Gewerkschaften nicht ein Zusammengehen mit dem Unternehmer aus, sondern, wenn es ihm erst wäre mit der Wahrung der Interessen der Bund-arbeiter, getroffen ein ähnliches Abkommen mit dem Bund-bund abschließen wie die „Christlichen“. Denn das Ab-kommen bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als eine Arbeits- oder Wertgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter mit dem Ziele, die Gegensätze zu mildern, das Trennende zurückzustellen und das Gemeinsame zu betonen. Aber dazu genügt es ohne Voreingenommenheit und Klassenhaß an beide Dinge heranzugehen und dazu ist der sozialistische Bundarbeiterverband leider noch weit entfernt. Einmal er mit der „Kampfsphäre“ für sich wohl und ganz in Anspruch nimmt, „Kampfsorganisation“ zu sein und zu bleiben!

Politische Rundschau Päpstliche Ordensverleihungen.

Der Bankier Geheimrat Hagen in Köln, die Großindustrialisten Gebr. Mäcker und Herr von Gullikneime sind wegen ihrer Verdienste in die päpstliche Liste von Päpste durch Verleihung päpstlicher Orden ausgezeichnet worden. Zumal die Gebr. Mäcker hatten sich durch namhafte Spenden um die Erhaltung des Berliner Zentrumsorgans, die „Germania“, verdient gemacht. Die „Germania“ zeigte sich ihrerseits erkenntlich dadurch, daß sie die Auszeichnungen des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 in Erinnerung: „Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel und Orden annehmen.“ Diese Erinnerung hat den Mäcker den um den Schutz und die Ehre von Republik und Verfassung zu bekämpfen, „Germania“ hervorgerufen. Sie behauptet, die Verleihung päpstlicher Orden sei eine innerlich-falsche Angelegenheit, und wird daran etwas aus-zusetzen habe, der treibe - Kulturkampf. Was heute nicht alles in den Zentrumsorganen als innerlich-falsche Angelegenheiten gehalten muß! Mit welchem Worte der Schrift, mit welchem falschlichen Dogma, mit welchem Kanon des kirchlichen Glaubens mag man nun wohl diese Ordens-verleihungen als innerlich-falsche und religiöse Angelegenheiten des Katholizismus bezeichnen wollen? Päpstliche Titel und Ordensverleihungen sind noch ein Ueberrest aus der Zeit der völkerrückwärtigen Souveränität der Päpste als Herren des weltlichen Kirchenstaates. Die weltliche Herrschaft des

Papstes ist mit dem Kirchenstaat selbst gesunken, aber die Päpste halten fest an der theoretischen Behauptung ihrer weltlichen Herrschaft und ihrer daraus ergebenden völkerrückwärtigen Souveränität und ebenso halten sie fest an einer Reihe von Einrichtungen, die damit verbunden waren. So besteht der Papst aus heute noch Arbeitge-präsidenten, Baronen, Grafen- und Markgrafen. Ebenso zeichnet er besonders eifrige Katholiken durch die Verleihung von Orden und Ordensinsignien aus. Die päpstliche Ordens-liste untersteht dem Großkreuzritter, Komture mit Stern und ohne Stern und Ritter. Selbst Nichtkatholiken, z. B. seinerzeit Fürst Bismarck, und sogar hohe Finanzleute, die nie-mals Anspruch erhoben haben, Christen zu sein, fanden Aufnahme in die Listen der päpstlichen Ordensritter. Es handelt sich also bei diesen Verleihungen keineswegs um innerlich-falsche Angelegenheiten des Katholizismus, sondern um mehr oder weniger gerechtfertigte Liebesbeweise aus der Zeit des römischen untergegangenen weltlichen Kirchenstaates der Päpste. Der Einwand der „Täglichen Rundschau“ ist also mit einem Anklicken der bis zum Ueberdruß abge-leiteten Kulturkämpfmaschine nicht widerlegt.

Aus Stadt und Umgebung

Kalte Nächte.

Die kalte des Winters kann den Schlaf ebenso störend beeinflussen wie die Wärme des Sommers. Besonders abge-magerte, kranke Menschen können sich schwer erwärmen und schlafen um so weniger, je älter sie sind. Eine wichtige Frage ist nun die: Soll man das Schlafzimmer vor dem Zu-bettgehen heizen? So bald die Kälte schlafstörend wirkt, ist besonders bei kleinen Kindern, Kranken und älteren Leuten ist die Heizung des Schlafzimmers im strengsten Win-ter empfehlenswert: nur hätte man sich, des Guten zu viel zu tun und die Luft zu überhitzen. Während des Feuer-machens ist zu lüften; glühende alle Kacheln, was beim Bett-liegen der Fall sein soll, so schraube man zu. Das Bett soll nicht zu nahe dem Fenster oder in der Ecke des Hauses stehen. Zugluft schadet, wenn Frauen sich vor dem Schlaf-liegen das Haar waschen und kein unbedeckt anstreichen, wozumals Badelager haben. Das laeste Haar ist mit einem wollenen Tuche zu umbinden. Viel ist schon für und gegen die Wärmeflächen geredet worden. Auch hier wird die des Guten zu viel getan, um die Wärme recht lange zu er-halten. Kalte Wärmeflächen kühlen und müssen aus dem Zimmerraum entfernt werden. Man lege nicht zusammenge-krümmte, damit die wärmerzeugende Blutcirculation nicht beeinträchtigt wird. Wer an kalten Nächten leidet, lasse die Strümpfe solange an den Beinen, bis die Füße durch-wärmt sind. Wessen Gedächtnis zur Erwärmung nicht genügt, der lege eine - wenn auch nur dünne - Decke darüber. Wolligen Decke und Deckbett bildet sich bald eine schützende Luftschicht, die gleichfalls wärmt. Wie denken hierüber aus das laeste mit Wollhaub überbedeckte Kopfschmelze. Der untere Teil des Deckbetts oder der Bettdecke ist an besonders kal-ten Abenden unter die Füße zu schlagen und auch die Seitenstücke sind luftdicht abzuschließen, so daß eine Art Luftkammer entsteht.

Die roten Hosen

treten wieder langsam in Erscheinung. Vom gartenen Rosa ein-zu-Buchschlammpinkschönen bis zum Karmin, Blaurot und Violet der Zierfarbe fängt der Reiz unserer Ge-sichts an zu leuchten - allerdings in einer Art von Ab-zug-strahlen, die man mit bloßem Auge nicht wahrnimmt. Es ist jedoch eine sehr falsche Annahme, wenn man diese ein-zige als eine Verschärfung des Lichtsinnes aufgefaßt und auch die „ausgesprochenste“ blaurete Rose kann das Zeichen

Das Auge des Buddha

Roman von Friedrich Jacobsen.

(Nachdruck verboten.)

„Nun ja, das Unglück findet überall ein Schlupfloch, und ich will nicht weiter unterfragen, wer es offen gelassen hat. Seit frogt sich's nur, Votchen, wie du dich zu der Sache stellen willst. Ulrich ist ein anständiger Kerl, trotz hat er ich niemals meine Einwilligung zum Verhältnis gegeben, und als solcher wird er wissen, was seine Pflicht ist von ihm fordert. Du selbst hast die Wahl zwischen Bernunft und - anderen Dingen, die im weiten Felde liegen; kannst du mir schon jetzt deine Ansicht sagen?“

„Ich bleibe ihm treu, Papa!“

„Sehn, das ist wenigstens deutlich. Bist du denn gewillt, mein Deern, daß dieser Ehemann auch die gebührende An-erkennung findet? Es wird eine lange Brautzeit werden, das kannst du mir glauben.“

Das Mädchen wurde ein wenig unruhig.

„Ich kann Ulrich doch nicht verlassen, weil er arm ge-worden ist!“

„Ja, das liegt der Oberfläche, wenn man es so ausdrückt! Aber nun drehe die Medaille mal um: Du darfst ihm auch keine Bestelle sein, wenn er die Arme frei haben will. Es ist eine gewisse Sache, und ihr werdet sie schon miteinander aus-machen müssen - ich gebe meinen Segen, so oder so. Wer sich in Liebesdingen mischt, der flummt dich die Finger.“

Damit schob er ab und begab sich in sein Arbeitszimmer: die beiden Frauen aber blieben zurück, und Votchen legte schnurband lassen ihre Köpfe zusammen.

„Die hat nun vorläufige Maß, Mütterchen. Vater hat sich glücklich aus der Affäre gezogen, was rät'nd du mir in dieser Angelegenheit?“

„Was sagst du dein Herz, Kind?“

„Ach Gott, das wird wohl nicht viel gefragt. Wie find so schrecklich vernünftig geworden, daß ich an mein Herz gar nicht denke. Es ist ein Zugungegenstand und muß eben-so beiseite gepackt werden wie die Aussteuer. Still! Hörs! du die Hände!“

Draußen hatte sich ein frohliches Gebell erhoben, Wald-mann, der Hühnerhund, gab den Anstalt, Lump und Hild, die beiden Dadel, setzanden. - Frau Bachmann saltete die Gänge.

„Ja, sie kennen ihn, er reitet in den Hof. Bistst du ihm empfangen?“

„Nichtlich, Mutter - allein!“

Da wechelte auch die alte Frau das Zimmer und Votchen trat an das Fenster; ihre schlante Gestalt alterte ein wenig, aber sie griff mit der Hand in die Gardinen und strich sich eine Haarlocke aus der Stirn.

Draußen lag tiefe Dämmerung. Die Gestalt des Reiters, der soeben das Pferd dem Jägerbüchsen übergab, war schattenhaft, und sein Schrittlang gedämmt durch den Fluß - so kommt das Schicksal, und wir wissen nicht, was es bringt. Wir haben nur den Wunsch, ihm entgegenzugehen, damit die Ungewißheit ein Ende nimmt, und das tat auch Votchen Bachmann mit einem plötzlichen Entschluß.

Unter der Eucidenten trafen sie zusammen, und das Mad-chen sagte schallig:

„Ach, ich muß anfangen, ich weiß alles!“

Ulrich weinte flüchte einen Augenblick, reichte seiner Braut die Hand und führte sie zum Sofa.

„Das reitet schneller als der Tod. Was sagen deine Eltern dazu?“

„Nichts.“

„Und du, Votchen?“

„Vorläufig auch nichts, lieber Ulrich.“

Er hatte neben ihr Platz genommen und hielt die schmale Reitergestalt ein wenig zusammengebeugt - ungefähr wie beim Turf, wenn die letzte Fülle gegeben wird. Sein hageres braunes Gesicht mit dem kleinen, weißblonden Schnurrbart hatte einen harten, entschlossenen Ausdruck, und er sagte zwischen den Zähnen:

„Ja, ich habe die Suppe eingebracht, ich muß sie auch essen. Also, ein gleich reinen Tisch zu machen, Votchen; die Gläubiger wollen einen Anford eingehen, der mich wenigstens von Schuldens Kerkerei frei übernehme. Mirba und Welfba und lassen mit dem Almanfor noch einem Kapital von drei-tausend Mark. Wolla tuat.“

„Und du nimmst an, Ulrich?“

„Ja, der Kontorsverwalter rät dazu.“

„Votchen dachte nach.“

„Almanfor ist zwölftausend Mark wert. Mit fünfzehntausend - kann man eine Kutsche kaufen, Votchen. Nein, ich habe andere Pläne - aber nur zu dir. Von Heiraten ist vorläufig natürlich keine Rede.“

„Nein, Ulrich.“

Nun sprach er langsam und betont, jedes Wort abwägend:

„Selbstverständlich löse ich die Verlobung nicht auf, Votchen, das wäre einfach selbe gebandelt. Aber ebenso wenig denke ich daran, dich um deine Zukunft zu betrüben. Du sollst die Wahl haben, und ich werde mich ohne Wutren dein-m Willen fügen.“

Da war auch das Heberballspiel mit dem Ehemann, das wie alle zur Genüge kennen. Und Charlotte Bachmann kannte es auch, sie war ein vernünftiges und praktisch den-kendes Mädchen.

„So kommen wir nicht weiter, Ulrich“, sagte sie gelassen. „Frauen können warten, dulden, leiden, das ist ihr Lebens-beruf, darin gehen sie auf. Die Männer können handeln. Aber, Liebster, ich verneine das nicht: Wenn der Kampf um das Dasein ein tödliches Ringen wird, dann muß ich an den Schwimmer denken, der einen anderen retten will und von ihm in die Tiefe gezogen wird. Soll ich noch weiter sprechen?“

„Es ist schwer, Votchen, denn wir haben uns lieb gehabt. Und wenn ich jetzt gehe: gibt es zwischen dir und mir viel, ich kein Wiedersehen?“

„Ich bleibe ledig“, sagte sie leise.

„Ich auch.“

War diese Verlobung denn nun endgültig aufgelöst? Als Ulrich durch den verschneiten Wald langsam heimritt - wenn man noch von einem „Heim“ sprechen konnte - empfand er ein sonderbares Gefühl. Obwohl, sie waren auseinander-gegangen, wie das in solchen Fällen zu geschähen pflegt: mit einem hummen Händchen und selbstverständlich ohne sich noch einmal zu fassen. Aber eine Kleinigkeit hatte jeder von ihnen vergessen: die Rückgabe der Ringe, die doch das Symbol der Treue sind.

Das gab eine Unklarheit, eine Halbheit, die im Grunde genommen zuwider war.

Denn was heißt „ledig bleiben“?

Es ist ein Wort, das genau so lange seine Bedeutung, wahr, als sich nicht die Gelegenheit bietet, es zu brechen - eine Idee, die in den Tagen unserer Großeltern vielleicht ihre sittliche Bedeutung hatte, aber die das Zeitalter der süßen Vernunft aber lächelnd hinweggeht; heute bleibt nur die Selbstsucht ledig oder die Not - was darüber hinausliegt, ist Grille und Torheit.

(Fortsetzung folgt.)

